

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 9038/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 82

29. April 1980

Helmut Rohde MdB, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, unterstreicht die Bedeutung des 1. Mai.
Seite 1/2

Waltraud Steinhauer MdB fordert die FDP auf, den Weg zum EG-Anpassungsgesetz endlich freizugeben.
Seite 3/4

Volker Neumann MdB untersucht die Chancen für eine Friedenslösung in Südost-Asien.
Seite 5/6

Auf dem Prüfstand

Gedanken zum 1. Mai 1980

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

An diesem 1. Mai eines neuen Jahrzehnts können wir uns nicht in Feiertagsstimmung zurückziehen. Die Arbeitnehmer wissen das. Die internationalen Krisen und Konflikte sind bedrückend. Sorgen und Befürchtungen können nicht mit markigen Worten verdrängt werden. Das gilt auch für die sozialen Konsequenzen des technologischen und energiepolitischen Wandels.

Die Politik hat längst aufgehört, nur ein Streit um technokratische Feinessen zu sein. Die Auseinandersetzungen nehmen immer mehr prinzipiellen Charakter an. Auf dem Prüfstand steht die Fähigkeit zur friedlichen Politik und zum inneren Ausgleich. Dieser Fähigkeit hat die Bundesrepublik viel zu verdanken - ihre politische Handlungsfähigkeit, ihre weltweiten internationalen Beziehungen, gepaart mit Vertrauen und Glaubwürdigkeit, ihre wirtschaftlichen Ergebnisse und nicht zuletzt ihre soziale Entwicklungskraft. Was für viele schon selbstverständlich, für manche gar langweilig geworden war, erscheint in den Krisen unserer Tage in einem neuen Licht.

Schlimm wäre es, wenn wir in dieser Zeit dem Juckreiz zur Hysterie und zu außenpolitischen Abenteuern nicht widerstehen könnten. Ein geteiltes Land inmitten Europas lebt von der geduldigen Anstrengung, Krisen nicht zu Katastrophen werden zu lassen. Wer Entspannung verhöhnt, wer ihre vertraglichen Grundlagen gering achtet - was hat er noch als Alternative? Zu den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung hat es stets gehört, nichts zu vernachlässigen, was zur Voraussetzung einer friedlichen Regelung von Konflikten gehört, und die menschliche und politische Verantwortung nicht in Stimmungsmache untergehen zu lassen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

Für unsere Tage heißt das: Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft zu stärken und das europäische Selbstbewußtsein nicht Schaden nehmen zu lassen, was insbesondere für das Bewußtsein der nachwachsenden Generation lang anhaltende Wirkungen hätte. Ferner: verläßlich im westlichen Bündnis zu sein und dessen friedenssichernden Charakter nicht durch abenteuerliche Pläne, wie den der Entsendung deutscher Soldaten an den persischen Golf, gefährden zu lassen. Und das bedeutet nicht zuletzt, die von uns in den 70er Jahren geschlossenen Verträge zu halten und mit ihren Inhalten zu sichern.

Das alles ist schwer genug. Aber die Gefahren dürfen wir nicht verdrängen. Wenn zu den ohnehin sorgenschweren Problemen künftiger Energieversorgung noch ein die Völker belastender Rüstungswettlauf und die Aushöhlung des Welthandels durch eine um sich greifende Boykottmentalität treten würden, dann würden sich die Lebensverhältnisse und die internationalen Beziehungen so zuspitzen, daß die Auswege aus der Krise immer enger werden.

Wer zusammen mit anderen Völkern den Menschen in Afghanistan und in Teheran helfen sowie Krisenherde eindämmen will, darf die Voraussetzungen dafür nicht verschütten. Helmut Schmidt hat recht, wenn er die Frage nach der Fähigkeit der Supermächte zur Krisenbewältigung stellt, wie der Kanzler unbeirrbar für Vernunft und Umsicht in der deutschen Politik und in den internationalen Beziehungen plädiert und seinen Beitrag dazu leistet, mehrt er politisches Vertrauen. Das zählt in der Welt heute noch mehr als in normalen Tagen.

1980 ist ein Jahr weltreichender Weichenstellungen. Das gilt auch für die Innenpolitik, in der ebenfalls die Debatte über technokratische Details hinausreicht. Was der CDU-Professor Biedenkopf als Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für Arbeit und Wirtschaft propagiert, und wie Strauß die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte und der Sozialfinanzen reduzieren will, zielt auf den Kern unserer Sozialverhältnisse. Biedenkopfs Wirtschaftsstrategie bedeutet wachsende Arbeitslosigkeit, und in dem finanzpolitischen Korsett von Strauß hat unser heutiges Sozialleistungsniveau keinen Platz.

In unserem Land wird die konservative Kehrtwende geprobt. Das zeigt sich auch in den konservativen Angriffen auf Einheitsgewerkschaften, Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Tarifautonomie sowie in der Aussperrungspraxis. Unter den Konservativen breitet sich eine Tabu-Mentalität aus, wenn es um Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbedingungen und andere Konsequenzen des technologischen Wandels geht. Die Auswirkungen der technologischen Revolution auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen aber werden zur grundlegenden sozialen Frage der 80er Jahre. Mit Tabus ist hier überhaupt nichts zu beschicken. Die sozialen Konsequenzen neuer Produktionssysteme lassen sich nicht aussperrern.

Aufgeschlossenheit und sozialer Gestaltungswille werden von Staat und Wirtschaft in den 80er Jahren verlangt. Dieser Wille entwickelt sich nicht von selbst. Er lebt weit hin aus der Kraft, die aus der solidarischen Verbundenheit der Arbeitnehmer und aus ihrer mitbestimmenden Rolle in Staat und Wirtschaft erwächst.

Dieser erste Mai-Tag der 80er Jahre ist ein besonderes Datum. Er fordert zur gewerkschaftlichen und politischen Solidarität aller Arbeitnehmer heraus. Er nimmt uns in einer Weise in die Verantwortung für künftige Politik und menschliches Schicksal wie kaum ein 1. Mai der vergangenen Jahrzehnte.
(-/29.4.1980/ks/ca)

+ + +



Die FDP muß nun Farbe bekennen
-----**Rechte der Frauen drohen, auf der Strecke zu bleiben****Von Waltraud Steinhauer MdB****Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung**

Volle zwei Monate sind vergangen, seit der Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung eine öffentliche Anhörung zum arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz durchgeführt hat. Seitdem ist eindeutig:

Mit Ausnahme der Sachverständigen von Arbeitgeberseite waren sich alle Befragten einig, daß zur Durchsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes im Arbeitsleben eine gesetzliche Regelung zugunsten der Frauen notwendig ist. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Sachverständigen war aber auch der Auffassung, daß eine wirkungsvolle Regelung, die zum einen

- uns der Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes ein Stück weiterbringt, und zum anderen
- den Anforderungen des europäischen Rechtes tatsächlich genügt

nur auf der Basis des ursprünglichen Referentenentwurfs und nicht auf der Basis des jetzigen Regierungsentwurfs erfolgen kann. Dazu sind folgende Hauptforderungen zu stellen:

1. Nicht nur unmittelbare Diskriminierungen wegen des Geschlechtes, sondern auch mittelbare - zum Beispiel aufgrund des Ehe- und Familienstandes - müssen verboten sein.
2. Geradezu *conditio sine qua non* ist die Umkehr der Beweislast. Der Arbeitgeber muß nachweisen, daß er nicht aufgrund des Geschlechtes, sondern wegen anderer, sachlicher Gründe einem Mann den Vorzug gegeben hat. Eine irgendwie geartete Glaubhaft-Machung des Diskriminierungstatbestandes, wie sie der gegenwärtige Gesetzentwurf den Frauen anlasten will, ist nicht tragbar und dem geltenden Prozeßrecht fremd.



3. Bei nachgewiesener Diskriminierung müssen die Sanktionen gegen den Arbeitgeber wenigstens für diesen spürbar sein. Nur der Ausgleich des Vertrauensschadens - etwa bei nicht erfolgter Einstellung fünf Mark für Photokopien und Porto - können keinen Arbeitgeber von Diskriminierungen abhalten.
4. Eine besondere Förderung bisher benachteiligter Arbeitnehmer soll weiterhin ausdrücklich erlaubt werden.
5. Geschlechtsspezifische Stellenausschreibungen sollen verboten und mit Bußgeld belegt werden.
6. Mit Bußgeld soll ebenfalls belegt werden, wer die Gleichbehandlungsvorschriften nicht im Betrieb aushängt.

Nun ist die FDP am Zug. Wie aus ihrer Mitte zu hören ist, will sie den genannten sechs Forderungen ihre Zustimmung verweigern. Natürlich handelt es sich um Teile der FDP, aber es sind eben diejenigen Interessenvertreter, die normalerweise in dieser Partei das Sagen haben und sich durchsetzen. Große Pläne vom Anti-Diskriminierungsgesetz werden lautstark in Szene gesetzt und gut verkauft, aber wo es darauf ankommt, Flagge zu zeigen und sich tatsächlich einzusetzen für die Rechte der Frauen - Fehlanzeige bei der FDP. Diese Partei ist für ihre Glaubwürdigkeit allein verantwortlich. Sie muß es auch mit sich ausmachen, wenn sie die Erfüllung eines wesentlichen Teils der Regierungserklärung verhindern will. Diejenigen aber in der FDP, die ohne Zweifel frauenfreundlich sind und dies auch immer laut sagen, sollten jetzt innerhalb ihrer Partei das Blatt wenden oder ebenso laut und öffentlich bei den Frauen der Bundesrepublik sagen, daß ihr Anti-Diskriminierungsgesetz nur eine Worthülse ist.

(-/29.4.1980/ks/lo)

+ + +



Friedensinitiativen in Südostasien

Bundesrepublik soll das Gespräch mit der neuen Regierung in Kambodscha suchen

Von Volker Neumann MdB

Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Windschatten der weltpolitischen Stürme versuchen Diplomaten der ASEAN-Staaten eine internationale Ministerkonferenz zur Lage in Kambodscha vorzubereiten. Ermutigt durch - wenn auch bescheidene - Erfolge der Genfer Flüchtlingskonferenz vom Juli 1979 wollen sie offensichtlich auch diese Konferenz in erster Linie der humanitären Lage widmen. Darüber hinaus kann aber nicht ausbleiben, daß auch politische Fragen erörtert werden müssen, wenn eine Stabilisierung des südostasiatischen Raumes und eine Normalisierung der Beziehungen der ASEAN-Staaten zu Vietnam und seinen Verbündeten erreicht werden kann. Eine solche Normalisierung ist die Voraussetzung für einen Frieden in diesem Teil der Welt.

Eine neue Indochina-Konferenz wird in erster Linie von Malaysia für sinnvoll gehalten, das auch in der Vergangenheit trotz der Flüchtlingsprobleme, die Vietnam geschaffen hat, gute Beziehungen zu der Regierung in Hanoi hat. Der neue thailändische Ministerpräsident Prem Tinsulanond hat zu erkennen gegeben, daß er über den Status der Regierung Heng Samrin reden werde, wenn die Vietnamesen Kambodscha verlassen haben. Darüber hinaus hat Prem bereits jetzt eine weichere Haltung gegenüber dem Regime angedeutet, als er seine Zustimmung einer Beteiligung dieser Regierung an einer humanitären Konferenz über Kambodscha in Form eines Beobachterstatus nicht ausschließt. Von den ASEAN-Staaten wird allein von Singapur noch eine harte Haltung eingenommen, die voll auf der Linie der Anerkennung des Pol Pot/Khieu Sampan-Regimes liegt.

Von indonesischen Politikern und auch von anderer Seite ist zur Lösung der Kambodschafrage der Vorschlag aufgeworfen worden, dort eine Regierung zu bilden, die alle im Bürgerkrieg befindlichen Kräfte zusammenfaßt. Diese Möglichkeit hat jedoch keinerlei Aussicht auf Erfolg, da die Einbeziehung der Roten Khmer unter Khieu Sampan von keiner der sonstigen am Kambodscha-Konflikt beteiligten Gruppen unterstützt wird. Selbst die Möglichkeit, die pro-westlichen oder neutralistischen Gruppen in und außerhalb Kambodschas einzubeziehen kann nur als vage bezeichnet werden. Die Regierung Heng Samrin zeigt in dieser Frage keine einheitliche Meinung. Heng Samrin selbst, der eher eine nationalistische Haltung vertritt - er war bis 1978 Mitglied der Roten Khmer - ist von dem traditionellen Gegensatz zwischen Kambodscha und Vietnam geprägt. Der wohl kommende Mann in Kambodscha, Verteidigungsminister und stellvertretender Präsident des Revolutionsrats Pen Sovan, läßt keinen Zweifel daran, daß er nur einer Lösung zustimmt, die mit den vietnamesischen Plänen übereinstimmt. Seine besonders engen Beziehungen zu Moskau sind ebenfalls nicht zu übersehen. Vietnam hat noch nicht klar zu erkennen gegeben, wie es die Zukunft Kambodschas sieht.

Die Hoffnungen auf einen totalen Sieg in Kambodscha haben sich nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Belastung von Vietnam hat ein Ausmaß erreicht, das in Vietnam selbst zu einem Umdenken führen muß. Vietnam hat erklärt, daß es sowohl bilaterale Erörterungen über die Lage zwischen Kambodscha und anderen Ländern nicht verschlossen ist, wie auch einer internationalen Konferenz unter Einschluß der Regierung Heng Samrin nicht entgegensteht. Es bieten sich hier Ansatzpunkte für eine Neuorientierung der Politik



der ASEAN-Staaten, Voraussetzung dafür ist aber, daß das Verhältnis zu den derzeitigen Machthabern in Phnom Penh geklärt wird.

Die Bundesrepublik sollte jede Möglichkeit nutzen, Initiativen zu unterstützen, die der Stabilisierung Südostasiens dienen. Nicht allein humanitäre Gründe, die in der Flüchtlingskatastrophe in diesem Raum und der Hungersnot in Kambodscha begründet sind, sprechen dafür, sondern die allgemeine Erwägung, daß die Beseitigung jedes Krisenherds ein Schritt zur Wiederherstellung des Weltfriedens ist. Die Bundesrepublik unterhält seit 1972 keine diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha und braucht sich daher den Vorwurf einer aktiven Unterstützung des bestechlichen Lon Nol-Regimes ebenso wenig vorwerfen zu lassen wie der des mörderischen Regimes der Roten Khmer. Allein schon aus der Kenntnis der Tatsachen, daß das Regime Pol Pot von 1975 bis 1978 den Tod von Millionen Menschen verschuldet hat und damit fast die Ausrottung des kambodschanischen Volkes herbeiführte, verbietet eine Unterstützung dieses Regimes. Die Erklärung vor den Vereinten Nationen aus dem Jahr 1979 kann daher auch nicht als eine Unterstützung der Roten Khmer verstanden werden. In enger Konsultation mit den ASEAN-Staaten sollte die Bundesrepublik auch die Frage von Gesprächen mit der derzeitigen Regierung in Phnom Penh unterhalb der förmlichen Anerkennung nicht ausschließen, soweit sie dazu dienen, die trotz einiger Besserung immer noch katastrophale Lage der Menschen in Kambodscha zu verbessern.

Eine Konferenz über die Lage Kambodschas kann wahrscheinlich nur erfolgreich sein, wenn die Großmächte beteiligt sind, die sich um den Einfluß in Kambodscha bemühen: Nämlich China und die Sowjetunion. Beiden dürfte inzwischen klar sein, daß auf längere Zeit ein Sieg einer der sich im Bürgerkrieg befindlichen Parteien, die sie unterstützen, nicht möglich ist. Die Hoffnung Chinas, daß Khieu Sampan und die Roten Khmer wieder an die Macht gelangen, hat sich nicht bewahrheitet. Zu tief sitzt nach allen Berichten im kambodschanischen Volk die Angst vor der Schreckensherrschaft der Roten Khmer. Von der schillernden Figur des Sihanuk ist nach anfänglichen Hoffnungen kaum mehr eine Lösung in Kambodscha zu erwarten. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, eine Lösung zu finden, ein souveränes Kambodscha zu schaffen, das nicht von fremden Truppen besetzt ist. Dies braucht nicht unbedingt ein neutralistisches Kambodscha zu sein, das es im Laufe der 70er Jahre ohnehin nie war.

Das benachbarte Thailand hat den verständlichen Wunsch nach sicheren Grenzen. Unter der Herrschaft der Roten Khmer waren Grenzverletzungen und Terrorakte unter der thailändischen Grenzbevölkerung durch die Roten Khmer täglich gemeldet worden. Die Belastung durch die Flüchtlinge aus Kambodscha und nun auch seit kurzem wieder durch Landflüchtlinge aus Vietnam, sind kaum mehr zu bewältigen. Aus diesem Grunde drängt die Zeit, zu einer Lösung der Kambodscha-Frage zu kommen, weil schon seit Jahren gilt, daß diese der Schlüssel für den Frieden in Südostasien ist.

(-/29.4.1980/ks/10)

+ + +

